

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

**zu dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN**
- Drucksache 5/3611 -

Abschiebungen in den Kosovo aussetzen

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Die bisherige Nummer I erhält folgende Fassung:

"alle Abschiebungen von Roma, Ashkali und Ägyptern aus Thüringen auszusetzen und sich auf Bundesebene für ein generelles Verbot von Abschiebungen in das Kosovo sowie für ein Verbot von Abschiebungen von aus dem Kosovo stammenden Menschen in die Republik Serbien einzusetzen."

2. Die Nummer II und III werden gestrichen.

Begründung:

Die Eindrücke der Delegationsreise in das Kosovo bestätigten die bereits mit Antragstellung in Drucksache 5/3611 aufgeführten Missstände und menschenunwürdigen Lebenssituationen insbesondere von zurückgeführten Gemeinschaftsangehörigen der Volksgruppen der Roma, Ashkali und Ägypter, die bereits von zahlreichen Nichtregierungs- und Hilfsorganisationen in Studien und Berichten beschrieben wurden.

Insbesondere gilt dies für Personen, die bereits seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland leben und alle Bindungen in ihr ehemaliges Herkunftsland verloren haben.

Selbst Angehörige der Minderheiten, die die Region nie verlassen hatten, leben mehrheitlich in elenden Verhältnissen, ohne Zugang zu Einkommen, Arbeit, Bildung oder gesundheitlichen Leistungen, und kommen nur zögerlich in den Genuss der vorgesehenen Maßnahmen.

Aus diesen Gründen ist von zwangsweisen Rückführungen vorläufig - bis die Europäische Union sowie die Hilfsorganisationen eine wirkliche Änderung dieser Situation feststellen - abzusehen. Anzuerkennen ist, dass die kosovarische Regierung im Zuge des europäischen Anerkennungsprozesses gesetzliche Voraussetzungen zur (Re-)Integration Zurückgekehrter geschaffen hat, jedoch ist der Prozess der Implementierung dieser bisher lediglich begonnen.

Eine aufenthaltsrechtliche Neubewertung der Situation kann erst dann vorgenommen werden, wenn die von den jeweiligen Regierungen beschlossenen bzw. vorgesehenen Maßnahmen zur Integration Angehöriger von Minderheitengemeinschaften bzw. zur Reintegration von Rückkehrerinnen und Rückkehrern auch im praktischen Vollzug umgesetzt wurden und den Rückkehrerinnen und Rückkehrern tatsächlich ein menschenwürdiges Leben und eine Integration in das und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Für die Fraktion:

Berninger